

Unterrichtung

durch die Delegation des Deutschen Bundestages in der Ostseeparlamentarierkonferenz

32. Jahrestagung der Ostseeparlamentarierkonferenz vom 27. bis 29. August 2023 in Berlin

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1 Teilnehmende der Delegation des Deutschen Bundestages	2
2 Schwerpunkte der Jahrestagung	2
3 Eröffnung der Jahrestagung	2
4 Ansprachen von Vertreterinnen und Vertretern anderer parlamentarischer Versammlungen, internationaler Gäste und BSPC-Beobachterorganisationen	3
5 Erster Sitzungsabschnitt: „Friedliche und verlässliche Nachbarschaft und intensive Zusammenarbeit im Ostseeraum auf der Grundlage von gemeinsamen Grundwerten“	4
6 Zweiter Sitzungsabschnitt: „Stärkung der demokratischen Resilienz und Förderung der digitalen Resilienz“	5
7 Dritter Sitzungsabschnitt: „Stärkung der Widerstandsfähigkeit der maritimen Ökosysteme“	6
8 Vierter Sitzungsabschnitt: Podiumsdiskussion: „Stärkung der Resilienz des Klimas und der Biodiversität“	7
9 Generaldebatte	8
10 Abschluss der Jahrestagung	8
11 Verabschiedete Entschließung	10

1 Teilnehmende der Delegation des Deutschen Bundestages

Die 32. Tagung der Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference, BSPC) fand vom 27. bis 29. August in Berlin statt. Für den Deutschen Bundestag nahmen folgende Delegationsmitglieder teil:

Abgeordneter **Johannes Schraps** (SPD), BSPC-Präsident und Delegationsleiter,
Abgeordnete **Petra Nicolaisen** (CDU/CSU), stellvertretende Delegationsleiterin,
Abgeordnete **Anna Kassautzki** (SPD),
Abgeordnete **Claudia Müller** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),
Abgeordnete **Gyde Jensen** (FDP),
Abgeordneter **Enrico Komning** (AfD).

2 Schwerpunkte der Jahrestagung

Die 32. Jahrestagung der BSPC stand unter dem Motto „Stärkung der Resilienz des demokratischen Ostseeraums – Stärkung der demokratischen, digitalen und maritimen Resilienz auf der Grundlage von verlässlicher Nachbarschaft und enger Zusammenarbeit“. An der Konferenz nahmen Abgeordnete aus 18 nationalen und regionalen Parlamenten des Ostseeraums sowie parlamentarischer Organisationen teil. Die mehr als 160 Delegierten, Experten und Gäste diskutierten über die Zukunft des Ostseeraums in einer Zeit des Umbruchs. Sie unterstrichen, dass die Antwort auf den Krieg Russlands gegen die Ukraine starke Demokratien, der Schutz der Menschenrechte und eine nachhaltige Entwicklung sei.

Ferner wurde über die Stärkung der Widerstandsfähigkeit von demokratischen Gesellschaften, sowohl hinsichtlich digitaler Resilienz als auch mit Blick auf die Energiesicherheit, diskutiert. Eine weitere Priorität lag auf dem Umgang mit gefährlichen Munitionsaltlasten in Nord- und Ostsee, die insbesondere nach Ende des zweiten Weltkriegs versenkt wurden. Hier werden schnelle Lösungen benötigt, damit die Altlasten nicht zu einer noch größeren Gefahr für Mensch und Umwelt werden.

Am 27. August 2023 tagte der Redaktionsausschuss der Konferenz unter der Leitung des Bundestagsabgeordneten und BSPC-Präsidenten **Johannes Schraps**. Der Ausschuss beriet über die 39 eingereichten Änderungs- und Ergänzungsanträge, die zu dem vom Ständigen Ausschuss der BSPC erarbeiteten Entschließungsentwurf eingegangen waren. Alle 14 von der Bundestagsdelegation eingebrachten Vorschläge, insbesondere zu den Themen stärkere Partnerschaft mit der Ukraine, Klimawandel und Munitionsaltlasten in der Ostsee, wurden übernommen.

Die Versammlung beschloss die Einsetzung einer Arbeitsgruppe zum Thema Energiesicherheit und -unabhängigkeit, Resilienz und Konnektivität.

Vor der Jahrestagung fand das dritte Jugendforum vom 25. bis 26. August 2023 statt, das von der BSPC-Bundestagsdelegation in Zusammenarbeit mit dem Ostseerat (CBSS) organisiert wurde und an dem insgesamt 48 junge Menschen teilgenommen haben. Unter dem Titel „Bedrohte Demokratien – Wie können wir Demokratien widerstandsfähiger machen?“ arbeiteten die Teilnehmenden acht Empfehlungen aus, die sie im Anschluss in der BSPC-Jahrestagung vorstellten und die Eingang in die BSPC-Entschließung des kommenden Jahres finden werden. Überdies bot das Forum die Gelegenheit, sich in Networking-Sessions unter anderem mit dem BSPC-Präsidenten **Johannes Schraps**, dem Landtagsabgeordneten aus Mecklenburg-Vorpommern **Philipp da Cunha** sowie dem Chefberater der Europäischen Kommission **Paul Nemitz** zu vernetzen. Die Teilnehmenden nahmen im Anschluss an das Forum an der BSPC-Jahrestagung teil und nutzten die Möglichkeit, sich mit Rede- und Diskussionsbeiträgen einzubringen. Die erstmalige Kombination von Jugendforum und BSPC-Konferenz wurde insgesamt positiv wahrgenommen. Es stellt einen wichtigen Beitrag dar, Jugendliche aktiv an den Entscheidungsprozessen zu beteiligen.

3 Eröffnung der Jahrestagung

Die Präsidentin des Deutschen Bundestages, **Bärbel Bas** (SPD), eröffnete die Konferenz und hieß ganz besonders die Teilnehmenden des Jugendforums willkommen. Auch diese Tagung werde von dem andauernden rechtswidrigen Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine überschattet. Man müsse auch weiterhin geschlossen an der Seite der Ukraine stehen. Nach dem Ausschluss Russlands aus der BSPC sei es umso wichtiger, dass die übrigen Mitgliedsländer eng zusammenarbeiteten. Sie begrüßte den NATO-Beitritt Finnlands und den bevorstehenden von Schweden. Dies stärke das Bündnis und seine internationale Abschreckungskraft. Die besondere Stärke der BSPC sei, dass sich Vertreterinnen und Vertreter nationaler wie regionaler Parlamente über Fraktionsgrenzen hinaus

verständigten. Diese Freiheit müsse genutzt werden, um die insbesondere in der Corona-Pandemie zu Tage getretene Bedrohung für die demokratischen Gesellschaften durch gezielte Desinformation zu bekämpfen. Autoritäre Staaten setzten Desinformationen als Instrument zur Spaltung und Destabilisierung von Gesellschaften ein. Sie rief dazu auf, gemeinsam Strategien zur effizienten Verfolgung von gezielten Manipulationen zu entwickeln. Von herausragender Bedeutung sei dafür das neu eingesetzte Europäische Exzellenzzentrum für hybride Bedrohungen mit Sitz in Finnland. Die Bürgerinnen und Bürger müssten aufgeklärt und an demokratischen Prozessen beteiligt werden, damit diese gegen Manipulationsversuche gewappnet seien. Dabei müsse auch die Perspektive der jüngeren Generationen Berücksichtigung finden. Sie seien die Zukunft und besonders vertraut mit der digitalen Welt. Die Ostseeregion sei essentiell für die Bewältigung vieler zukünftiger Herausforderungen, wie beispielsweise die Bewahrung der maritimen Ökosysteme und die Bekämpfung des Klimawandels. Umso wichtiger sei, dass die Konferenz für einen regen Austausch und Diskussionen genutzt werde.

BSPC-Präsident **Johannes Schraps** (SPD) verurteilte den rechtswidrigen russischen Angriffskrieg, welcher gleichzeitig ein Angriff auf die demokratischen Grundwerte der Gemeinschaft sei. Trotz großer Unterschiede hätten die Mitglieder als Reaktion auf den Krieg einstimmig Maßnahmen zur Unterstützung der Ukraine beschlossen und so ein starkes Signal der Einheit nach außen gesendet. Zeiten tiefgreifender Krisen seien ein Wendepunkt, der gesellschaftliches Umdenken erfordere. In den letzten Jahren seien die Bergung von alter Kriegsmunition sowie die Ausweitung von Meeresschutzgebieten erfolgreich vorangetrieben worden. Zudem habe die BSPC Wort gehalten, indem sie die Forderungen des Jugendforums mit in seine Resolution aufnehmen werde und sie an die Regierungen der Mitglieder weitertrage. Dies zeige einmal mehr, dass die parlamentarische Kooperation in der Ostseeregion ein starker Motor für gesellschaftliche Entwicklungen und ein gutes Beispiel für funktionierende Kooperationen über Ländergrenzen hinweg ist.

4 Ansprachen von Vertreterinnen und Vertretern anderer parlamentarischer Versammlungen, internationaler Gäste und BSPC-Beobachterorganisationen

Die Präsidentin der Hamburgischen Bürgerschaft **Carola Veit** leitete gemeinsam mit dem norwegischen Abgeordneten **Himanshu Gulati** diesen Sitzungsabschnitt.

Die Vizepräsidentin des Bundesrates und Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern **Manuela Schwesig** hob die Arbeit der BSPC seit 1991 für einen freien und demokratischen Ostseeraum hervor. Sie betonte, wie wichtig es sei, junge Menschen einzubeziehen und ihre Begeisterung für die Freiheit und die Einheit der Ostseeländer zu fördern. Dies sei ein Teil der Verteidigung gegen das spaltende Gift von Hass und Rassismus, das sich in jedem dieser Länder auszubreiten versuche. In der Verfassung ihres Bundeslandes sei die Zusammenarbeit im Ostseeraum verankert, weshalb Mecklenburg-Vorpommern kulturell, wirtschaftlich und sozial mit den anderen Ländern der Region verbunden sei. Umso bedrohlicher sei der Bruch durch Putins Russland gewesen, der die Notwendigkeit der unbedingten Unterstützung der Ukraine verstärkte. Wie die BSPC habe auch Mecklenburg-Vorpommern seine Verbindungen zur Region St. Petersburg gekappt. Eine Folge dieses Bruchs müsse sein, dass alle anderen Länder im demokratischen Ostseeraum weiter zusammenrückten. Mit Blick auf das Thema Resilienz bedeutete dies die sicherheitspolitische Zusammenarbeit zwischen den Nationen und die Sicherheit der kritischen Infrastruktur. So habe sich Deutschland verpflichtet, die Sicherheit der baltischen Länder zu stärken, indem Soldaten auch aus ihrem Bundesland zum Schutz Litauens eingesetzt würden. Auch bei der Nutzung des großen Potenzials der Ostseeregion für erneuerbare Energien müsse die Zusammenarbeit verstärkt werden. Die Region könne ein Vorreiter für ein umweltfreundliches Leben in Frieden und Harmonie sein, bei dem Energie erzeugt, aber auch exportiert werde. Frau Schwesig unterstrich ferner die Bemühungen Deutschlands und weiterer Ostseeanrainer zur Bergung von Munitionsaltlasten, nicht zuletzt mit Technologien und Unternehmen aus ihrem Bundesland.

Joëlle Garriaud-Maylam, Präsidentin der Parlamentarischen Versammlung der NATO, beschrieb die aktuelle Situation der euroatlantischen Region als sich an einem Scheideweg befindend. Gemeinsam mit den transatlantischen Partnern seien die demokratischen Grundwerte wie Freiheit, Frieden und nationalstaatliche Souveränität zu verteidigen. Sie berichtete, dass anlässlich des NATO-Gipfels 2023 in Vilnius das NATO-Ukraine Council eingerichtet worden sei, welches ein weiteres Zeichen dafür sei, dass der zukünftige Platz der Ukraine in der NATO sei. Gleichzeitig sei auch der umfassendste Verteidigungsplan seit dem Kalten Krieg verabschiedet worden. So werde die Sicherheit in der Ostseeregion und an der Ostflanke der NATO verstärkt. Allerdings dürften sich die Mitgliedsländer nicht auf ihren Maßnahmen ausruhen, nachdem die ersten Warnungen Russlands ungehört verhallt waren. Um zukünftig besser gegen Russlands und Chinas Angriffe gewappnet zu sein, werde ein neues Zentrum für demokratische Resilienz im NATO-Hauptquartier eingerichtet.

Der Generalsekretär der Parlamentarischen Versammlung der Schwarzmeerwirtschaftskooperation (PABSEC) **Asaf Hajief** äußerte zunächst sein Bedauern, dass aufgrund der Lage im Heimatland weder der ukrainische Parlamentspräsident noch der -vizepräsident als Vertreter der PABSEC an der BSPC-Jahrestagung teilnehmen könnten und richtete ihren Gruß aus. Die Schwarzmeerregion sei global gesehen wichtig, da sie zentral an der Schnittstelle von Europa und Asien liege und zudem immense Energiereserven beheimate. Gleichzeitig führe die hohe Anzahl an Konflikten in der Region zu enormen Flüchtlingszahlen. Auf der Basis von Souveränität und territorialer Integrität müsse schnellstmöglich eine Resolution zur Wahrung des internationalen Rechts verabschiedet werden.

Grzegorz Poznański, Generaldirektor des CBSS, begrüßte die Beteiligung der Jugendlichen an der BSPC. Schwerpunkt der zukünftigen finnischen CBSS-Präsidentschaft werde ebenfalls die Stärkung der demokratischen Resilienz sein. Er betonte, dass entscheidend für einen positiven Umgang mit zukünftigen Herausforderungen eine gelungene Kooperation zwischen den Staaten und Institutionen sei. Notwendige Grundlage dafür sei eine ausreichende Bildung und Information der Gesellschaft. Er berichtete außerdem, dass die BSPC-Resolution zu in der Ostsee versenkter Kriegsmunition unter anderem zu gemeinsamen Aktionen des Ostseerates, der Kommission für den Schutz der Meeresumwelt in der Ostsee (HELCOM) sowie der übrigen Akteure in der Region geführt habe.

Jens William Grav, Koordinator des Ostsee-Nichtregierungsorganisations-Netzwerks, erläuterte das Zusammenbringen von Nichtregierungsorganisationen der Ostseeregion als Ziel des Netzwerkes. Er verglich die heutige Ukraine mit Jugoslawien in den 1990er Jahren und hoffte, dass auch in dieser Krise irgendwann eine Annäherung möglich sei. Er bedauerte, dass sein Netzwerk Plattformen in Deutschland und Finnland verloren habe, bot jedoch das übrige Netzwerk weiterhin als Kooperationspartner an.

5 Erster Sitzungsabschnitt: „Friedliche und verlässliche Nachbarschaft und intensive Zusammenarbeit im Ostseeraum auf der Grundlage von gemeinsamen Grundwerten“

BSPC-Präsident **Johannes Schraps** und der schwedische BSPC-Vizepräsident **Staffan Eklöf** leiteten den ersten Sitzungsabschnitt.

Die deutsche Außenministerin **Annalena Baerbock** betonte in ihrer Videoansprache die Bedeutung der Ostseeregion für eine Versorgung mit zukunftsfähiger grüner Energie. Dies sei gleichzeitig ein wichtiger Beitrag für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in den angrenzenden Ländern. Die Ostsee müsse als bedeutsamer Lieferant für natürliche Ressourcen erhalten werden. Die vor sich hin rottende Kriegsmunition auf dem Meeresboden sei eine tickende Zeitbombe, die bereits jetzt Schadstoffe an das Meereswasser abgebe. Umso wichtiger sei die aktuelle Initiative zum Aufspüren und Einsammeln von Munition. Diese und viele weitere Herausforderungen könne die Gemeinschaft jedoch nur vereint bewältigen.

Die finnische Außenministerin **Elina Valtonen** wies in ihrer Videobotschaft erneut auf die Auswirkungen des rechtswidrigen Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine auf die Ostseeregion hin. Dieser habe Finnland dazu bewegt, sich dem NATO-Verteidigungsbündnis anzuschließen und das Land dazu angeregt, mehr in die regionale Sicherheit zu investieren. Sie sei stolz auf die aktuelle finnische CBSS-Präsidentschaft. Deren Schwerpunkte seien die umfassende Sicherheit sowie Krisenresilienz. Ihr Land habe in den vergangenen Jahren ein umfassendes nationales Sicherheitskonzept entwickelt und damit die Zusammenarbeit zwischen Politik, Wirtschaftsunternehmen und der Zivilgesellschaft gestärkt.

Der Außenminister Estlands **Margus Tsahkna** hob in seiner per Video eingespielten Rede die herausragende Bedeutung der Förderung der Resilienz hervor. Er lobte die ukrainische Stärke und Wahrung demokratischer Werte und forderte die Mitglieder dazu auf, die Ukraine weiterhin geschlossen zu unterstützen. Es müsse sichergestellt werden, dass die russische Führung für ihre Taten zur Rechenschaft gezogen werde. Resilienz bedeute, auf eine Vielzahl von Herausforderungen vorbereitet zu sein. Insbesondere müsse der soziale Zusammenhalt gestärkt und die digitale Sicherheit ausgebaut werden. Für Estland sei die Unabhängigkeit bei der Energieversorgung essentiell.

BSPC-Vizepräsident **Staffan Eklöf** leitete die sich daran anschließende Aussprache. Die norwegische Abgeordnete **Lene Westergaard-Halle** erinnerte daran, dass die gemeinsamen Ziele Frieden, Wohlstand und Demokratie die Gemeinschaft stärkten. Berlin sei ein Symbol dafür, welche gesellschaftliche und politische Entwicklung sich nicht wiederholen sollte. Gleichzeitig mache die wiedervereinigte Stadt Hoffnung, dass nach einer Zeit der Gewaltherrschaft Friede wieder möglich sei. Sie warnte vor zu viel Naivität und davor, die Möglichkeit eines Neuaufschwungs des Faschismus zu unterschätzen. Umso wichtiger sei die Kooperationsplattform im Ostseeraum.

6 Zweiter Sitzungsabschnitt: „Stärkung der demokratischen Resilienz und Förderung der digitalen Resilienz“

Der zweite Sitzungsabschnitt wurde gemeinsam von **Hanna Katrín Friðriksson**, Mitglied im Präsidium des Nordischen Rates sowie isländische Abgeordnete, und dem åländischen Abgeordneten **Wille Valve** geleitet.

Silva Laure und **Shahin Khosrav**, Repräsentanten des Jugendforums, berichteten, die Teilnehmenden des Jugendforums hätten acht Empfehlungen zu vier verschiedenen Themen verabschiedet. Zur Stärkung der digitalen Resilienz empfahlen sie ein Verbot des personenbezogenen „Massenprofilings“, sofern dieses gezielte Desinformation ermöglichen würde. Sie forderten die Parlamente auf, Projekte zur Förderung von digitalen Kompetenzen für alle Altersgruppen aufzusetzen, insbesondere bezüglich Datenschutzes und der Entwicklungen von Innovationen zur Bekämpfung von Desinformationen. Zur Förderung der Jugendbeteiligung sprachen sie sich für eine verstärkte Beteiligung von Jugendlichen an politischen Entscheidungsprozessen aus, wobei die Anzahl an Beteiligungsplattformen erhöht und deren Kompetenzen zu rechtlich garantierten Mitbestimmungsrechten ausgebaut werden solle. Um soziale Spaltung und Polarisierung zu bekämpfen, forderten sie die Entwicklung und Umsetzung ziviler Bildungsprogramme zum besseren Verständnis der spezifischen Gefahren für die demokratischen Gesellschaften sowie die Förderung von grenzüberschreitenden Austauschprogrammen für Bürgerinnen und Bürger aller Altersklassen und unabhängig von ihrer Herkunft. Sie riefen dazu auf, strukturell benachteiligte Gruppen stärker an den Gesetzgebungsprozessen zu beteiligen, für eine gerechtere Ressourcenverteilung zu sorgen und Arbeitnehmende zum Beitritt zu Gewerkschaften zu ermutigen. Darüber hinaus empfahlen sie die Entwicklung eines Beobachtungs- und Kontrollprozesses hinsichtlich der Umsetzung der Resolutionen im Nachgang zu den Jahrestagungen. **Silva Laure** forderte die Delegierten dazu auf, die Jugendlichen auf allen Arbeitsebenen ihrer verschiedenen Arbeitsgruppen zu integrieren. **Shahin Khosrav** betonte, dass es sich dabei jedoch nicht lediglich um eine symbolische Beteiligung insbesondere bei Jugendthemen handeln dürfe, sondern dass sie aktiv an den Entscheidungsprozessen beteiligt werden möchten.

Als Vertreter der süd-schleswigschen Wählergemeinschaft begrüßte der Bundestagsabgeordnete **Stefan Seidler** den zukunftsorientierten Umgang mit dem Thema Digitalisierung. Dieser zeige sich in minimalen Veränderungen der digitalen politischen Landschaft. Erste Adressaten von digitalen Kampagnen seien häufig insbesondere Minderheiten wie die Uiguren in China und die LGBTQI-Gemeinschaft in Europa, die dementsprechend besonders zu schützen seien. Derzeit sei die größte Bedrohung in der digitalen Welt die russische Desinformations-Kampagne, welcher am besten mit Bildungsprogrammen begegnet werden sollte. Als gute Beispiele verwies er diesbezüglich auf die nordischen Länder.

Paul Nemitz, Chefberater der Europäischen Kommission, rückte gemeinsame Regeln für den digitalen Raum als Grundlage für alle weiteren Ansätze in den Fokus. Einzelne Länder könnten nur wenig gegen die geballte Power der globalen Unternehmen ausrichten. Im Gegensatz dazu könnten einheitliche europäische Regelungen die Digitalunternehmen in den Kampf zur Bewahrung der Demokratie einbinden und so vor den autokratischen Einflüssen von Russland und China schützen. Er begrüßte ausdrücklich die Forderung der Teilnehmenden des Jugendforums nach einem Verbot von personenbezogenem „Massenprofiling“. Der Digital Services Act der EU sei ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Er verpflichte die sozialen Medien dazu, die Verbreitung von anti-demokratischen Inhalten aktiv zu verhindern und so zu einer Schaffung von gleichen Wettbewerbsbedingungen für Journalistinnen und Journalisten sowie Autorinnen und Autoren in sozialen Netzwerken beizutragen.

Otto Tabuns, Direktor der Stiftung für die baltische Sicherheit, bezeichnete die Ostseeregion als Schlüsselregion für die europäische Sicherheit, aber auch hinsichtlich des Zugangs zur Arktis. Bezüglich zukünftiger Verteidigungsstrategien rief er zu einer besseren Integration auf multinationaler Ebene auf, sowohl hinsichtlich defensiver als auch offensiver Cyber-Fähigkeiten. Für die Bewahrung der Umwelt sei es besonders wichtig, eine sichere und zuverlässige Versorgung mit nachhaltigen Energieressourcen zu gewährleisten. Die derzeitigen Krisen infolge der COVID-19-Pandemie sowie des russischen Angriffskrieges zeigten einmal mehr die Bedeutung von grenzübergreifenden, multilateralen Kooperationen. Er wies zudem auf die wachsende Bedrohung durch die Vielzahl an von der chinesischen Regierung zu Kontroll- und Überwachungszwecken gesammelten persönlichen Profilen hin.

Die sich anschließende Podiumsdiskussion moderierte die Bundestagsabgeordnete **Anna Kassautzki**. Sie wies auf die schlechten Arbeitsbedingungen und oftmals traumatisierenden Aufgaben der Moderatorinnen und Moderatoren für soziale Medien hin. Sie schlug vor, Plattformen mit verlässlichen Informationen zu schaffen. **Paul Nemitz** verwies auf einige Voraussetzungen für die Schaffung eines solchen sicheren Informationsraumes. Der Rat für den europäischen öffentlichen Raum arbeite auf die Einrichtung einer Plattform für Fernsehnachrichten aus allen EU-Mitgliedsländern mit automatischer Übersetzung hin. Diese könnten insbesondere in Ländern mit

restriktiven Informationsgesetzen die Medienpluralität stärken. **Anna Kassautzki** wies auf das sinkende Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in herkömmliche Medien hin und fragte, wie der Trend hin zu blindem Vertrauen in Meldungen in sozialen Netzwerken gestoppt werden könne. **Shahin Khosravi** betonte die Bedeutung von Kampagnen auf lokaler Ebene, um die Bürgerinnen und Bürger die bisher nicht so vertraut mit der digitalen Welt seien, auch tatsächlich zu erreichen. **Anna Kassautzki** führte aus, dass eine starke Zivilgesellschaft das Rückgrat einer funktionierenden Demokratie sei, in der jede und jeder sich beteiligen könne, unabhängig davon, ob als Teil einer Minderheit oder Immigrant. **Otto Tabuns** wies auf das fundamental unterschiedliche Verständnis von Meinungsfreiheit in den verschiedenen Regionen der Welt hin. Während sie in China nicht vorhanden sei, sei sie in den USA absolut geschützt und in der EU stark reguliert. **Paul Nemitz** entgegnete, dass die Regulierung in der EU gerade die Ausübung der Meinungsfreiheit schütze und diese nicht im Vergleich zu der in den USA einschränke.

Nach Öffnung der Debatte führte **Kaspars Briškens**, Abgeordneter aus Lettland, drei Schwerpunkte der Jugendbeteiligung an: Jugendarbeitslosigkeit, Wohnungsnot und inklusive Gesellschaften. BSPC-Präsident **Johannes Schraps** betonte, eine Balance zwischen der Bekämpfung von Hassrede und Bewahrung der Meinungsfreiheit müsse angestrebt werden. Das Vertrauen in demokratische Institutionen müsse wieder gestärkt und eine neue Fehlerkultur etabliert werden. Professor **Jānis Vucāns**, Vizepräsident der Baltischen Versammlung und Abgeordneter aus Lettland, erinnerte daran, dass das Thema Resilienz das erste Mal nach der rechtswidrigen Annexion der Krim durch Russland thematisiert worden sei. Neben den offensichtlichen Auswirkungen von Hassrede auf die Meinungsbildung dürfe auch der Einfluss von russischen Fernsehsendern auf die Meinungsbildung in der Bevölkerung nicht unterschätzt werden.

7 Dritter Sitzungsabschnitt: „Stärkung der Widerstandsfähigkeit der maritimen Ökosysteme“

Unter dem Vorsitz des norwegischen Abgeordneten und Präsidenten des Nordischen Rates **Jorodd Asphjell** und der Bundestagsabgeordneten und BSPC-Berichterstatteerin für Munitionsaltlasten **Anna Kassautzki** befasste sich die Versammlung im dritten Sitzungsabschnitt mit der Frage, wie die Widerstandsfähigkeit der maritimen Ökosysteme gestärkt werden könne.

Der EU-Kommissar für Umwelt **Virginijus Sinkevičius** hob in seiner Videobotschaft das gemeinsame Ziel der EU und BSPC hervor, die Ostsee sicherer und sauberer zu machen. Trotz zahlreicher Bemühungen blieben die Fischbestände in der Region kritisch. Die Stickstoffbelastung der Ostsee müsse dringend eingedämmt werden. Er begrüßte die außerordentlichen Bemühungen der BSPC zur Beseitigung von auf See versenkter Kriegsmunition.

Steffi Lemke, Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Reaktorsicherheit und Verbraucherschutz, führte aus, der Umweltschutz in der Ostseeregion werde durch den rechtswidrigen Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine deutlich erschwert. Dies habe sich unter anderem in der eingeschränkten Kooperation in der HELCOM gezeigt. Trotz dieser Einschränkungen habe es Durchbrüche in verschiedenen Forschungsbereichen über die Ostseeregion hinaus gegeben. Deutschland habe dazu aufgerufen, angesichts der unkalkulierbaren Risiken den Tiefseebergbau so lange zu stoppen, bis entsprechende Rahmenbedingungen für einen sicheren Abbau geschaffen werden könnten. Aktuell hätten sich 21 Staaten diesem Aufruf angeschlossen. Im März 2023 sei der VN-Vertrag über die biologische Vielfalt jenseits nationaler Zuständigkeiten beschlossen worden. In der Abstimmung sei ein verbindlicher Vertrag zur Reduzierung der Plastikverschmutzung. Neben der Steigerung der Recyclingraten sei es essenziell, gleichzeitig auch die Produktionsraten zu senken. Priorität müsse zudem die Senkung des Temperaturanstiegs haben, welcher teilweise unumkehrbare Auswirkungen auf die gesamte Umwelt habe. Schwerpunkt der deutschen Regierungstätigkeit sei die Beseitigung von auf See versenkter Kriegsmunition. Für spätestens Anfang 2024 sei der Bau einer Meeresentsorgungsanlage für Munitionsaltlasten geplant. Diesbezüglich freue sich Deutschland auf Kooperationen mit anderen Staaten in der Ostseeregion.

Der Landtagsabgeordnete Mecklenburg-Vorpommerns und Vorsitzender der Arbeitsgruppe Klimawandel und Biodiversität **Philipp da Cunha** wies daraufhin, dass die Arbeitsgruppe ihre Arbeit abgeschlossen habe. Er erkundigte sich, wie die Zusammenarbeit der verantwortlichen Ministerinnen und Minister in der Region verbessert werden könne. **Steffi Lemke** beschrieb die Zusammenarbeit der Ministerinnen und Minister als exzellent. Sie ergänzte, die Ausbeutung von Mooren habe zunächst Wohlstand für die Regionen gebracht und zerstöre nun die natürlichen Grundlagen für wirtschaftliche Tätigkeiten in den Regionen. **Anna Kassautzki** wies daraufhin, die Arbeitsgruppe habe sich auch erfolgreich mit dem Thema Schutz der Moore beschäftigt. Unter Hinweis auf die große Reichweite der Konferenz ermutigte **Steffi Lemke** die Delegierten zur Verabschiedung einer starken und aussagekräftigen Resolution.

Die schwedische Abgeordnete **Emma Nohrén** erläuterte, Schweden verfolge ambitionierte Umweltschutzziele. So habe die Regierung unter anderem 2016 einen Bericht zur Erreichung des Zieles der Netto-Null-Emissionen erstellt. 2017 sei die erste VN-Meereskonferenz in Schweden veranstaltet worden. Im Nachgang habe der Ausschuss zur Entwicklung einer Meeresstrategie unter breiter Beteiligung vieler betroffener Disziplinen zahlreiche Empfehlungen entwickelt. Insbesondere stehe im Fokus die Erkenntnis, dass das Klima und die Meere miteinander zusammenhängen und alle Disziplinen gemeinsam berücksichtigt werden müssten.

Christof Humborg, Professor für Biogeochemie der Küstengebiete und wissenschaftlicher Direktor des Baltic Sea Centre an der Universität von Stockholm, Schweden, bezeichnete die Küstenmeere als Schlüsselgebiete für den Klimawandel. Aus wissenschaftlicher Sicht sei es entscheidend, die Biodiversität zu stärken. Diese sei essentiell für eine Stärkung der Fischbestände, die Verträglichkeit von Hitzewellen und könne die Einlagerung von Kohlenstoffdioxid begünstigen. Biodiversität, Wasserqualität und Klimawandel stünden in direkter Verbindung zueinander und bedingen sich gegenseitig. Meeressediment sei eigentlich ein guter Kohlenstoffdioxidspeicher, verursache jedoch mehr und mehr Emissionen. Mit Hilfe des HELCOM-Aktionsplans sei es zwar gelungen, den Nitratgehalt der Ostsee zu senken, allerdings werde ein vollständiger Wiederaufbau voraussichtlich genauso lange dauern, wie die Zerstörung des Ökosystems. Ein weiteres Problem des Ostseeökosystems sei die massive Ausbeutung der Fischpopulation. Er forderte, die Nitratemissionen weiter zu senken und so die Wasserqualität langfristig zu stabilisieren. Es sei notwendig, die Fischfangquoten zu senken und die Fischerei auf weniger invasive Fangmethoden zu beschränken. Für eine Reduzierung der Kohlenstoffemissionen müssten zudem die Meeressedimente zurück in die Senken geführt werden.

Der Direktor der Verwaltungsbehörde und des gemeinsamen Sekretariats von Interreg Baltic Sea Region **Ronald Lieske** berichtete von einem EU-Projekt, welches Unternehmen und Nichtregierungsorganisationen in der Ostseeregion dabei unterstützte, sich untereinander über ihre Forschungsergebnisse auszutauschen und theoretische Ideen in der Praxis auszutesten. Der Fokus des Projekts habe auf Lösungen zum effizienten Wasserkonsum, zur nachhaltigen Landwirtschaft und der Anpassung der Küstensysteme an die Effekte des Klimawandels gelegen. **Alicia Wach**, Teilnehmende des Jugendforums, wies auf die Möglichkeit der Kohlenstoffdioxidbindung durch Algen hin. Diese sei deutlich effizienter als die durch Regenwälder im Amazonasgebiet und solle deshalb durch gesetzgeberische Maßnahmen unter Schutz gestellt werden.

8 Vierter Sitzungsabschnitt: Podiumsdiskussion: „Stärkung der Resilienz des Klimas und der Biodiversität“

Die Podiumsdiskussion zum Thema Stärkung der Resilienz des Klimas und der Biodiversität wurde vom polnischen Abgeordneten **Jarosław Wałęsa** und der norwegischen Abgeordneten **Lene Westgaard Halle** geleitet.

Philipp da Cunha, Landtagsabgeordneter Mecklenburg-Vorpommerns und Vorsitzender der Arbeitsgruppe Klimawandel und Biodiversität, präsentierte den Abschlussbericht der Arbeitsgruppe. Er bedankte sich bei deren Mitgliedern für drei produktive Jahre. Der Juli 2023 sei der wärmste Monat seit Beginn der Wetteraufzeichnungen gewesen und damit ein Signal für die stetig steigenden Temperaturen weltweit. In der Ostseeregion stiegen die Luft- und Wassertemperaturen noch stärker als im weltweiten Durchschnitt an. Diese Erwärmung habe große Auswirkungen auf die Lebewesen in der Ostsee und auf den Alltag der Menschen in den angrenzenden Regionen. Der Klimawandel und der Verlust von Biodiversität stellten globale Herausforderungen dar, die nur gemeinsam bewältigt werden könnten. Daher sei die internationale Kooperation sowie der stetige Informations- und Erfahrungsaustausch essentiell für die Entwicklung effektiver Strategien. Die lokalen Akteure müssten einbezogen und „best practice“-Beispiele aufgegriffen werden. Der vorgelegte Bericht gebe einen guten Überblick über die bereits existierenden Initiativen und Projekte und enthalte 25 Empfehlungen zum weiteren Vorgehen.

Die Leiterin der EU-Generaldirektion Energie, **Ditte Juul Jørgensen**, betonte, der Kampf gegen den Klimawandel sei eine der wichtigsten Prioritäten in Europa. Nach dem Beginn des rechtswidrigen russischen Angriffskriegs auf die Ukraine sei ferner das Thema Sicherheit und Unabhängigkeit der Energieversorgung in den Fokus gerückt. Die Herausforderung liege darin, den Anteil erneuerbarer Energien zu steigern und gleichzeitig dafür Sorge zu tragen, dass die Energie bezahlbar bleibe. Sie betonte, es gäbe keinen Konflikt zwischen den langfristigen Zielen der Bekämpfung des Klimawandels und der Förderung der Biodiversität. Vielmehr würden sie sich gegenseitig bedingen. Dabei handele es sich um eine geteilte Verantwortung, die die europäischen Staaten gemeinsam wahrnehmen müssten.

Lis Lindal Jørgensen vom Institut für Meeresforschung in Norwegen hob die Bedeutung des Austausches zwischen Wissenschaft und Regierungen für die Bekämpfung des Klimawandels hervor. Auch innerhalb der Wissenschaft müsse man sich auf eine standardisierte Ausstattung und gemeinsame Messverfahren einigen, damit gemeinsame Projekte technisch möglich und eine Vergleichbarkeit der Forschungsergebnisse erreicht werde. Dies würde auch eine zeit- und kosteneffiziente Überwachung der natürlichen Bedingungen in der Ostsee und anderswo erlauben. Sie befürwortete die Auswertung der Forschungsergebnisse verschiedener Disziplinen mit Hilfe von integrierten Managementsystemen. Aus den Ergebnissen der Auswertung müssten dann übergreifende räumliche und zeitliche Risikokartierungen erstellt werden.

Die Meteorologin und Direktorin des Klima-Service-Zentrums in Deutschland **Daniela Jacob** informierte, Wetterextreme wie Stürme, Fluten und Trockenheit nähmen als Folge des Klimawandels zu. Sie forderte, von der bloßen Risikoanalyse auf die tatsächliche Durchführung und Anwendung von Schlussfolgerungen überzugehen. Menschen könnten nur in bestimmten Temperaturbereichen leben. Bereits jetzt würden ungefähr 10 Prozent der weltweiten Bevölkerung außerhalb des natürlichen Temperaturbereichs leben und bräuchten energierelevante Wärme- oder Kühlmaßnahmen zum Überleben. Es sei zu erwarten, dass diese Bevölkerungsteile in Regionen mit gemäßigeren Temperaturen abwandern würden und Unterstützung benötigen. Bis 2100 werde der Anteil der betroffenen Bevölkerung auf ungefähr 20 bis 40 Prozent drastisch ansteigen.

Zu Beginn der Debatte erkundigte sich **Jarosław Wałęsa**, wann die Menschheit den Punkt der Unumkehrbarkeit der Vorgänge erreicht haben werde. **Daniela Jacob** verwies darauf, dass irreparable regionale Schäden bereits bei einer globalen Erwärmung um 2,5 Prozent zu erwarten seien. Die isländische Abgeordnete **Bryndís Haraldsdóttir** fragte nach den Auswirkungen des Ausschlusses Russlands aus zahlreichen Organisationen und Zusammenschlüssen auf die Forschung. **Lis Lindal Jørgensen** betonte die politische Notwendigkeit des Ausschlusses Russlands aus den Forschungsgremien. Allerdings stelle dies die internationale Gemeinschaft auch vor Herausforderungen, da sie insbesondere in der Ostseeregion auf die Forschungsdaten und das Wissen der Russen teilweise angewiesen seien. **Eka von Kalben**, Vizepräsidentin des schleswig-holsteinischen Landtags, erkundigte sich nach den Möglichkeiten der positiven Kommunikation und Motivation von Klimaschutzmaßnahmen. **Daniela Jacob** sprach sich dafür aus, mit Mitmach-Aktionen und kleinen Wettbewerben einen neuen Klimaschutztrend in der Gesellschaft zu schaffen.

9 Generaldebatte

Professor **Jānis Vucāns**, Vizepräsident der Baltischen Versammlung und Abgeordneter aus Lettland, leitete gemeinsam mit der isländischen Abgeordneten **Bryndís Haraldsdóttir** die Generaldebatte.

Die isländische Abgeordnete **Hanna Katrín Friðriksson** sprach sich dafür aus, die Themen Hassrede, Fake News und Desinformation gemeinsam in den Blick zu nehmen. Regulierungen auf diesen Gebieten seien kein Angriff auf die Meinungsfreiheit, sondern im Gegenteil Maßnahmen zur deren Wahrung.

Tiit Maran, estnischer Abgeordneter, forderte eine bessere Bildung der Bevölkerung hinsichtlich der Funktionsweise der Ökosysteme und wie sich das menschliche Verhalten auf diese auswirkte.

Sidney Gregor-Wielan, Teilnehmerin des Jugendforums, erklärte, die Politik dürfe die Verantwortung für nachhaltiges Handeln und die Reduzierung des ökologischen Fußabdrucks nicht wie die großen Unternehmen einfach auf die individuellen Verbraucherinnen und Verbraucher abwälzen.

Elias Arndt, Teilnehmer des Jugendforums, erläuterte die Bedeutung der digitalen Resilienz und der Einrichtung von Plattformen mit verlässlichen Informationen. Vor dem Hintergrund der stetig voranschreitenden Weiterentwicklung der künstlichen Intelligenz, die Texte und Bilder in Sekundenschnelle produzieren könne, sei der Aufbau einer digitalen Resilienz von enormer Bedeutung.

10 Abschluss der Jahrestagung

Im abschließenden Teil der Jahrestagung wurden unter Leitung von **Johannes Schrap**s und dem BSPC-Vizepräsidenten und dänischem Abgeordneten **Henrik Møller** die Berichte der verschiedenen Arbeitsgruppen vorgestellt.

Carola Veit, Präsidentin der Hamburgischen Bürgerschaft und Berichterstatterin für Migration und Integration, betonte, Migration sei eines der dringendsten politischen Themen. Die Anzahl der Ersuchen um Schutz durch europäische Länder sei drastisch um ungefähr 35 Prozent gestiegen. Gleichzeitig habe sich die Atmosphäre in den EU-Mitgliedstaaten von einer offenen Willkommenskultur hin zu einer Abschottungskultur entwickelt. Statt Wege der Integration zu suchen, würden immer mehr Länder nach Möglichkeiten streben, Migranten gar nicht

erst aufzunehmen. Diese Stimmung müsse verändert und eine Antwort auf die große Nachfrage nach Aufnahme und Schutz im europäischen Raum gefunden werden.

Die Bundestagsabgeordnete und BSPC-Berichterstatterin für Munitionsaltlasten **Anna Kassautzki** beschrieb das Problem als tickende Zeitbombe, das jederzeit explodieren könne. Die Munition wirke sich heute bereits negativ auf die Biodiversität in der Ostsee aus. Die rottende Munition gebe Schadstoffe an das Wasser ab, welche bereits in Fischen, Muscheln und Wasserpflanzen nachgewiesen werden könne. Technische Werkzeuge zum Aufspüren der Munition seien vorhanden. Nunmehr müsse die Unschädlichmachung der Munition beziehungsweise deren Entfernung im Mittelpunkt stehen.

Anschließend verabschiedete das Plenum einstimmig die Entschließung, in der der rechtswidrige russische Angriffskrieg auf die Ukraine erneut aufs Schärfste verurteilt wird. Diese ruft dazu auf, die Ukraine auch weiterhin mit allen Mitteln bei ihrer Verteidigung zu unterstützen. Vor diesem Hintergrund fordert sie die Mitgliedsländer auf, die Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie die Wahrung der Menschenrechte im Ostseeraum zu stärken. Die Entschließung appelliert an die Ostseestaaten, dass eine Unabhängigkeit der Energieversorgung nur mit vereinten Kräften und strategischer Kooperation zu erreichen ist. Sie betont die wachsende Bedrohung demokratischer Gemeinschaften durch gezielte Desinformationskampagnen und ruft dazu auf, die Medienkompetenz in der Bevölkerung zu fördern. Nicht zuletzt appelliert sie, die Bemühungen zur Bekämpfung des Klimawandels sowie zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Meeresökosysteme zu intensivieren.

Am Ende der Konferenz übergab der scheidende BSPC-Präsident **Johannes Schraps** den Staffelnstab an den Leiter der dänischen Delegation und BSPC-Vizepräsidenten **Henrik Møller**, der das Arbeitsprogramm der dänischen Präsidentschaft bis August 2024 vorstellte. Das Programm solle der Stärkung der grenzübergreifenden Kooperation in der Ostseeregion und darüber hinaus gewidmet werden. Zusammenarbeit in der Region sei essentiell, um sich unabhängig von anderen globalen Akteuren wie Russland oder China zu machen. Gleichzeitig sei es wichtig, dass die Politik effizienter mit den Vertreterinnen und Vertretern von Forschung und Wissenschaft zusammenarbeite, um die großen Herausforderungen der Zukunft wie Klimawandel und Migration bewältigen zu können.

Abgeordneter **Johannes Schraps** wird für ein weiteres Jahr Vizepräsident der BSPC bleiben. Die dänischen Gastgeber laden für die 33. BSPC vom 25. bis 27. August 2024 nach Helsingør, Dänemark, ein.

Weitere Informationen zur 32. BSPC-Tagung sind auf der BSPC-Webseite abrufbar.

Berlin, den 6. November 2023

Johannes Schraps
Delegationsleiter

11 Verabschiedete Entschließung

Entschließung der Konferenz

Angenommen von der 32. Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) am 29. August 2023.

Die Teilnehmenden, die gewählten Vertreterinnen und Vertreter

des Parlaments Dänemarks

des Parlaments Estlands

des Parlaments Finnlands

des Parlaments der Bundesrepublik Deutschland

des Parlaments Islands

des Parlaments Lettlands

des Parlaments Litauens

des Parlaments Norwegens

des Parlaments Polens

des Parlaments Schwedens

des Parlaments Ålands

der Bremischen Bürgerschaft

des Parlaments der Färöer

der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg

des Parlaments Grönlands

des Landtags von Mecklenburg-Vorpommern

des Landtags von Schleswig-Holstein

der Baltischen Versammlung

des Europäischen Parlaments

des Nordischen Rats,

die sich am 29. August 2023 in Berlin versammelt haben,

- lassen nicht nach, wenn es darum geht, den vollkommen ungerechtfertigten und groß angelegten brutalen militärischen Angriff und Einmarsch der Russischen Föderation, der sich gegen die Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine und das ukrainische Volk richtet, immer wieder auf das Entschiedenste zu verurteilen;
- unterstreichen die zwingende Notwendigkeit, die territoriale Unversehrtheit der Ukraine vollständig wiederherzustellen, was ausdrücklich die Halbinsel Krim einschließt;
- verurteilen nachdrücklich die fortgesetzten massiven Verstöße der Russischen Föderation gegen das Völkerrecht, einschließlich der Charta der Vereinten Nationen, die Verletzung der Grundlagen der regelgestützten internationalen Ordnung und das Niedertrampeln der Grundsätze, die jahrzehntlang den Eckpfeiler von Frieden und Stabilität gebildet haben;
- bedauern, dass die internationale Gemeinschaft bislang nicht in der Lage war, die Deportationen und gewaltsamen Überführungen Tausender ukrainischer Kinder und erwachsener Zivilpersonen in die Russische Föderation, nach Belarus oder in die vorübergehend besetzten Gebiete der Ukraine zu verhindern, und weisen zugleich darauf hin, dass dringend Abhilfemaßnahmen ergriffen werden müssen, um diesen kriminellen und unverständlichen Tätigkeiten, die Teil des umfassenden, unprovokierten, ungerechtfertigten und illegalen Angriffskriegs der Russischen Föderation gegen die demokratische und souveräne Ukraine sind, ein Ende zu setzen;
- prangern die fortgesetzten Kriegsverbrechen gegen die Zivilbevölkerung an, die Russland auch durch die gezielte Zerstörung und Gefährdung kritischer Infrastrukturen wie des Staudamms von Nowa Kachowka und des Kernkraftwerks Saporischschja begeht;

- billigen in dieser Hinsicht uneingeschränkt den Inhalt der Feststellungen, die die Außenministerinnen und Außenminister der demokratischen Staaten des Ostseeraums im Rahmen der im Ergebnis des 20. Ministergipfels am 2. Juni 2023 in Wismar angenommenen Erklärung des Ostseerats über die Verletzung des Völkerrechts durch Russland, über Belarus als Komplizen bei dieser ungerechtfertigten Aggression, über die unerschütterliche Solidarität mit der Ukraine und über die Bedrohungen für die Sicherheit im Ostseeraum getroffen haben; https://cbss.org/wp-content/anauploads/2023/05/cbss-wismar-declaration_2-june-2023.pdf
- sehen angesichts der grundlegenden Herausforderungen, vor denen die Mitgliedsländer der BSPC in diesen Zeiten des geopolitischen Wandels stehen, die absolute Notwendigkeit, die Widerstandsfähigkeit ihrer demokratischen Gesellschaften auf der Grundlage der die demokratischen Staaten des Ostseeraums vereinigenden, in der Satzung und Geschäftsordnung der BSPC dargelegten Werte zu stärken sowie Innovation, Digitalisierung, Konnektivität und Nachhaltigkeit durch enge Zusammenarbeit und gemeinsame strategische Anstrengungen konsequent zu fördern;
- unterstreichen die Notwendigkeit eines noch umfassenderen gemeinsamen Vorgehens in politisch relevanten Kernbereichen, um die politische Gestaltungskraft in Bezug auf gemeinsame Herausforderungen und Interessen zu stärken und so die Menschenrechte, den Frieden, die Sicherheit und die Stabilität im Ostseeraum aktiv zu wahren;

fordern die Regierungen des Ostseeraums, den Ostseerat und die EU auf,

im Hinblick auf eine friedliche und verlässliche Nachbarschaft und eine intensive Zusammenarbeit im Ostseeraum auf der Basis grundlegender Werte

1. die Bemühungen um die Stärkung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Gleichheit und Menschenrechten im Ostseeraum und darüber hinaus deutlich zu steigern und zu intensivieren sowie anzuerkennen, dass diese Werte angesichts der sich wandelnden geopolitischen Realitäten der Gegenwart in unserer eigenen Region bedroht sind;
2. in den Bereichen von gemeinsamem politischem Interesse bedeutendere Fortschritte mittels gemeinsamer praktischer Maßnahmen – analog zum Umgang mit dem Thema Offshore-Windkraft und der diesbezüglichen Einigung https://cbss.org/wp-content/uploads/2023/05/230509_berlin-declaration-on-baltic-offshore-wind-by-cbss-foreign-ministers_final_consented.pdf – zu erzielen und damit den Ostseeraum zu einem vorbildlichen Beispiel für andere Makroregionen zu machen und auf diese Weise Push-Effekte für eine Weiterentwicklung im Rahmen breiterer Kooperationsformate zu ermöglichen;
3. ein Wirtschaftswachstum und eine Entwicklung, die inklusiv und sozial und ökologisch nachhaltig sind, sowie Energiesicherheit zu gewährleisten;
4. im Hinblick auf das Ziel, Energiesicherheit und -unabhängigkeit sowie Versorgungssicherheit zu gewährleisten, so eng wie möglich zusammenzuarbeiten, und zwar durch konkrete Maßnahmen und die Entwicklung gemeinsamer Strategien mit dem Ziel, die Abhängigkeit von russischen fossilen Ressourcen zu verringern, saubere und erschwingliche Energie und die zugrundeliegenden industriellen Wertketten zu fördern, einen integrierten und widerstandsfähigen europäischen Energiemarkt herbeizuführen sowie zu einer stärkeren Zusammenarbeit bei der Forschung und Entwicklung im Bereich Energie und Nachhaltigkeit anzuregen;
5. durch intensivierte und vertiefte Zusammenarbeit einen besseren Schutz für kritische gemeinsame Unterwasserinfrastrukturen zu erarbeiten;
6. nach schlankeren Finanzierungsmechanismen für die Entwicklung einer wirklich vernetzten, nachhaltigen und widerstandsfähigen grenzüberschreitenden Verkehrsinfrastruktur sowie für den Übergang zu einem europäischen digitalen Binnenmarkt, der internen und externen Bedrohungen standhalten kann, zu suchen;
7. vor dem Hintergrund des Klimapakts von Glasgow und der Verpflichtungen des Übereinkommens von Paris Regierungen, Unternehmen und die Zivilgesellschaft dafür zu mobilisieren, die strategische Zusammenarbeit bei der Abschwächung des Klimawandels, des Erhalts der Natur und der biologischen Vielfalt sowie dem gerechten Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft gemeinsam voranzutreiben;
8. in Anbetracht der aktuellen geopolitischen Herausforderungen, die eine stärkere Zusammenarbeit und Koordinierung der Aktivitäten erfordern, zu Treffen der Regierungsoberhäupter im Wechsel mit den Treffen der Außenministerinnen und Außenminister zurückzukehren;
9. sektorspezifische Ministerkonferenzen – wie die VASAB-Konferenz der im Ostseeraum für Raumordnung und -entwicklung zuständigen Ministerinnen und Minister – in Verbindung mit dem 20. Gipfel der Außenminis-

terinnen und Außenminister des Ostseerats am 1. und 2. Juni 2023 in Wismar – auszubauen, um die für den Ostseeraum relevanten Herausforderungen in politisch bedeutsamen Kernbereichen gemeinsam in Angriff zu nehmen;

10. die grenzüberschreitende, transnationale und interregionale Zusammenarbeit (Interreg) auszuweiten und die Synergien zwischen den verschiedenen Kooperationsformaten für die Ostseepolitik zu stärken;

11. zu unterstreichen, wie wichtig die Stärkung der sozialen Widerstandsfähigkeit im Ostseeraum nach wie vor ist, und die laufende Planung zur jährlichen Verleihung eines Titels „Kulturperle des Ostseeraums“ an lokale Behörden, die die Widerstandsfähigkeit durch kulturelle Aktivitäten fördern, zu unterstützen;

12. die Rolle der EU-Strategie für den Ostseeraum zu stärken, indem sie gezielt an den aktuellen politischen Kernherausforderungen im Ostseeraum ansetzt, die demokratischen Nachbarländer stärker einbindet und Unterstützung für die Ukraine während des Krieges und im Anschluss daran für den Wiederaufbau und die Stärkung der Demokratie in der Ukraine einplant;

13. die demokratische Entwicklung in den Nachbarländern des Ostseeraums unterstützen und insbesondere die demokratischen Akteurinnen und Akteure für eine demokratische Entwicklung von Belarus und Russland stärken;

14. die fortgesetzte Bedeutung sozialer Nachhaltigkeit in Verbindung mit dem grünen und digitalen Wandel zu unterstreichen und in dieser Hinsicht zum einen dem mit einer alternden Bevölkerung verbundenen demografischen Wandel und der Notwendigkeit von Höher- und Neuqualifizierung sowie angemessener Rentensysteme und zum anderen der Integration von Migrantinnen und Migranten und aller verwundbaren Gruppen, die Unterstützung beim Eintritt in den Arbeitsmarkt oder Verbleib darin benötigen, sowie der Geschlechtergleichstellung besondere Aufmerksamkeit zu schenken;

15. die Einbindung der Zivilgesellschaft in die ostseepolitischen Aktivitäten zu erhöhen und zu unterstützen;

16. die mittlerweile etablierte Einbindung der Jugend in die Arbeit des Ostseerats zu unterstützen und aufrechtzuerhalten, um die Anliegen der jungen Generation zu einem der zentralen Belange des Ostseeraums zu machen;

im Hinblick auf die Steigerung der demokratischen Widerstandsfähigkeit und die Stärkung der Fähigkeiten zur Bewältigung moderner digitaler Herausforderungen

17. der wachsenden Bedrohung der demokratischen Gemeinschaft durch Desinformationskampagnen konsequent und entschlossen entgegenzutreten, mit besonderem Schwerpunkt auf dem von der Russischen Föderation betriebenen Informationskrieg;

18. erneut auf die Notwendigkeit hinzuweisen, sich – insbesondere in Kriegs- und Krisenzeiten – verstärkt darum zu bemühen, das Vertrauen in demokratische Strukturen und Werte zu steigern, gegen Hassreden im digitalen Bereich vorzugehen sowie Toleranz und Offenheit, Medienfreiheit und Freiheit der Meinungsäußerung und robuste demokratische nichtstaatliche Organisationen als Eckpfeiler der Demokratien im Ostseeraum zu fördern;

19. die Rechte von Flüchtlingen, ethnischen Minderheiten, LGBTQ+-Personen, Frauen, Kindern, älteren Menschen und anderen verwundbaren Gruppen, die in Kriegszeiten besonders gefährdet und durch intolerante Haltungen bedroht sind, zu schützen und ihre Sicherheit zu gewährleisten;

20. die sexuelle und reproduktive Autonomie zu verteidigen und das Recht auf reproduktive Gesundheit zu achten;

21. die Rechtsvorschriften und Maßnahmen zum Schutz demokratischer Prozesse und Institutionen vor Cyber-Bedrohungen zu verbessern;

22. das öffentliche Bewusstsein und die digitale Kompetenz zu erhöhen, um die Bürgerinnen und Bürger in die Lage zu versetzen, die Risiken von Fehlinformationen und Desinformation zu erkennen und ihnen entgegenzuwirken;

23. sicherzustellen, dass digitale Plattformen und Technologieunternehmen nach den ethischen Standards der demokratischen Staaten im Ostseeraum arbeiten und für ihre unzulängliche Praxis der Moderation von Inhalten, ihre Algorithmen und ihren Umgang mit Daten zur Rechenschaft gezogen werden;

24. die Kapazitäten für Forschung und Innovation in den Bereichen Cybersicherheit und digitale Widerstandsfähigkeit auszuweiten;

25. ein verantwortungsvolles digitales Verhalten und eine digitale Ethik im öffentlichen und privaten Sektor zu fördern und ethische Leitlinien, z. B. zur Gewährleistung von Antidiskriminierung und Gleichstellung, Verhaltenskodizes und Rechenschaftsmechanismen anzunehmen, um eine verantwortungsvolle digitale Praxis zu gewährleisten und demokratische Werte zu schützen;
26. die Sicherheit und Widerstandsfähigkeit des Ostseeraums durch die Stärkung der Zusammenarbeit in Bereichen wie Verteidigung, Energiesicherheit und Cybersicherheit zu verbessern;

im Hinblick auf die Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Meeresökosysteme

27. bei der Verwirklichung einer nachhaltigen Entwicklung im Einklang mit der Agenda 2030 neben den in der Entschließung der BSPC nachdrücklich geforderten ehrgeizigen Maßnahmen, die die Widerstandsfähigkeit der Meere, des Klimas und der biologischen Vielfalt betreffen, auch andere wichtige Dimensionen, etwa soziale und wirtschaftliche Aspekte, zu berücksichtigen. Interessenkonflikte, beispielsweise zwischen Klimapolitik und Erhaltung der biologischen Vielfalt, sollten berücksichtigt und analysiert werden;
28. im Hinblick auf eine saubere, gesunde und produktive Ostsee mit widerstandsfähigen Meeres- und Küstenökosystemen zusammenzuarbeiten und entschlossen zu handeln;
29. verstärkt zusammenzuarbeiten, um die Ziele der auf der Ozeankonferenz der Vereinten Nationen 2022 verabschiedeten Erklärung von Lissabon zu erreichen;
30. die gemeinsamen Anstrengungen zur Verringerung des Nährstoffeintrags, der zur Eutrophierung und zum Verlust der biologischen Vielfalt beiträgt und die Attraktivität der Ostsee als Reiseziel schwächt, zu verstärken;
31. ein völkerrechtlich verbindliches Abkommen für den Übergang zu einer nachhaltigeren Kunststoffwirtschaft, die Kunststoffabfälle und ihre Auswirkungen auf die Umwelt und die menschliche Gesundheit auf ein Mindestmaß verringert, anzustreben, mit dem Ziel, die Kunststoffverschmutzung zu beenden und den zusätzlichen Kunststoffeintrag bis 2040 auf Null zu reduzieren;
32. Küstenbewirtschaftungspläne zum Schutz und zur Wiederherstellung von Küstenökosystemen, die als Kohlenstoffsinken und Pufferzonen gegen den Anstieg des Meeresspiegels fungieren können, umzusetzen (AG/Klima 9);
33. das bestehende Netz der Meeresschutzgebiete (MPA) auszubauen sowie die Zusammenarbeit zwischen den Meeresschutzgebieten in der Ostsee und ihre grenzüberschreitende Bewirtschaftung zu verbessern, um eine ordnungsgemäße Durchsetzung zum Schutz empfindlicher Lebensräume und Arten zu gewährleisten;
34. zum raschen Inkrafttreten des bahnbrechenden völkerrechtlich verbindlichen Instruments zur Erhaltung und nachhaltigen Nutzung der biologischen Vielfalt der Meere außerhalb der nationalen Hoheitsbereiche (Hochseeabkommen) vom 19. Juni 2023 beizutragen und die dadurch bereitgestellten Instrumente und Möglichkeiten in intensiver Zusammenarbeit innerhalb des Ostseerats und der HELCOM zu nutzen, um die obengenannten Ziele zu erreichen (WG/Biodiversität 16);
35. eine rasche und konsequente Umsetzung des aktualisierten Ostsee-Aktionsplans und der dazugehörigen Handlungsdokumente innerhalb der vereinbarten Fristen in allen demokratischen Mitgliedstaaten der HELCOM zu gewährleisten, um bis zum Ende des Jahrzehnts einen guten ökologischen Zustand der Ostsee zu erreichen, und so weit wie möglich die Durchführung weiterer Maßnahmen entsprechend den im Faktenblatt 2021 der HELCOM „Klimawandel in der Ostsee“ enthaltenen politikrelevanten Vorschlägen für verschiedene Politikbereiche zu erwägen, um dieses Ziel zu erreichen;
36. erkennbare, rechtsverbindliche und nachhaltige, nach Arten aufgeschlüsselte Fangquoten im Ostseeraum mit Regelungen zu Fangnetzen oder sonstigen Methoden festzulegen und durchzusetzen und so sicherzustellen, dass die Fischbestände langfristig gesund und nachhaltig bleiben. Alle Maßnahmen sollten auf anerkannten, aktuellen Forschungsergebnissen beruhen. Um Populationseinbrüche zu verhindern, sollte das Ziel darin bestehen, die Fangquoten in der Ostsee auf oder unter die wissenschaftlich empfohlenen Schwellenwerte zu senken;
37. Vorschriften und Durchsetzungsmechanismen zu stärken, um Verschmutzung zu verhindern und die Einleitung von Schadstoffen in die Ostsee auf ein Mindestmaß zu begrenzen;
38. strengere Kontrollen für Industrie, Schifffahrt und Landwirtschaft einzuführen, um den Eintrag von Nährstoffen, gefährlichen Abfällen und schädlichen Emissionen zu verringern und so die biologische Vielfalt und das ökologische Gleichgewicht der Meeresumwelt zu schützen;

39. die Öffentlichkeit für die Bedeutung der Meeresökosysteme und die Notwendigkeit ihrer Erhaltung durch Aufklärungskampagnen, die Einbindung lokaler Gemeinschaften und die Förderung von Bürgerinitiativen zu sensibilisieren, um das Verantwortungsbewusstsein zu stärken und die Öffentlichkeit zur Beteiligung an den Maßnahmen zum Schutz und zur Wiederherstellung der ökologischen Gesundheit der Ostsee zu ermuntern;

im Hinblick auf die Stärkung der Widerstandsfähigkeit des Klimas und der biologischen Vielfalt

Klimawandel

40. durch verstärkte Anstrengungen und mit höherem Tempo ehrgeizige nationale Klimaziele und angepasste Erweiterungen – entsprechend aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen und Messungen – im Einklang mit dem Ziel des Übereinkommens von Paris umzusetzen, den Anstieg der durchschnittlichen Erdtemperatur auf deutlich unter 2 Grad Celsius über dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen und die Anstrengungen zur Begrenzung des Temperaturanstiegs auf 1,5 Grad Celsius fortzusetzen;

41. regional die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch zwischen den demokratischen Staaten des Ostseeraums und der Arktis zu stärken, um die gemeinsamen Strategien und Politikkonzepte zur Bekämpfung des Klimawandels zu intensivieren und sie regelmäßig an die neuesten Forschungserkenntnisse anzupassen, ohne dabei die Notwendigkeit der Gewährleistung eines sozial gerechten Übergangs zu vernachlässigen;

42. die drei größten CO₂-Emittenten der Welt, die derzeit für mehr als 50 Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen verantwortlich sind, bei jeder Gelegenheit nachdrücklich aufzufordern, ihre Anstrengungen zur Erreichung ehrgeiziger Klimaziele zu verstärken;

43. Anreize für die Entwicklung im Bereich erneuerbarer Energien zu schaffen, indem das Genehmigungsverfahren für Wind- und Sonnenenergie sowie andere saubere und stabile Energiequellen verkürzt werden;

44. unter Berücksichtigung der Risiken im Zusammenhang mit der wachsenden Abhängigkeit des europäischen Marktes von der Versorgung mit seltenen Metallen und anderen Rohstoffen die Umsetzung nationaler Strategien für den Übergang von fossilen Brennstoffen zu CO₂-armen Energiesystemen voranzutreiben und unseren Energiemix umsichtig zu diversifizieren, damit keine Energieknappheit entsteht, die Energie aus zuverlässigen Quellen stammt und wirtschaftlich tragfähig ist und so Energiearmut und plötzliche Preissteigerungen vermieden werden;

45. in der Erkenntnis, dass die einzelnen Staaten unterschiedliche Energiestrategien und -schwerpunkte zur Erreichung dieser Ziele verfolgen, auf kommunaler und regionaler Ebene verstärkt auf die Durchführung angemessener Maßnahmen gegen den Klimawandel und auf die Sensibilisierung der zuständigen Verwaltungen zu setzen;

46. den Ausbau von Forschung und Innovation im Bereich der Technologien für Klimaschutz und -anpassung zu unterstützen und die Zusammenarbeit zwischen akademischen Einrichtungen, der Industrie und den Regierungen zu fördern;

47. Anreize und Unterstützungsmaßnahmen für die Aufnahme von Aufklärungs- und Sensibilisierungsprogrammen zum Klimawandel in Lehrpläne, öffentliche Kampagnen und berufliche Weiterbildungsprogramme zu erarbeiten;

48. die grenzüberschreitende Zusammenarbeit bei regionalen Klimainitiativen zu fördern und Nachbarländer und internationale Organisationen in gemeinsame Maßnahmen zur Bewältigung des Klimawandels im Ostseeraum einzubinden;

49. jährliche Klima- und Biodiversitätsgipfel für den Ostseeraum abzuhalten, um die Öffentlichkeit zu sensibilisieren, Fortschritte zu verfolgen, bewährte Verfahren auszutauschen und regionale Strategien zu verfeinern und so ein verstärktes Vorgehen im Bereich Klimaschutz und -anpassung voranzutreiben;

Biologische Vielfalt

50. nachdrückliche Anstrengungen zu unternehmen, um den Verlust der biologischen Vielfalt bis 2030 zu stoppen und umzukehren und dazu beizutragen, dass der demokratische Ostseeraum in dieser Hinsicht so weit wie möglich zu einem vorbildlichen makroregionalen Beispiel für die Welt wird;

51. den am 19. Dezember 2022 auf der 15. Konferenz der Vertragsparteien des Übereinkommens über die biologische Vielfalt (CBD-COP15) verabschiedeten Globalen Biodiversitätsrahmen von Kunming-Montreal mit seinem Ziel, den Verlust der biologischen Vielfalt bis 2030 zu stoppen und umzukehren, möglichst rasch vollständig umzusetzen, die bestehenden nationalen und ostseeweiten Strategien und Programme anzupassen und intensiv

zwischen den demokratischen Staaten des Ostseeraums zusammenzuarbeiten, damit der Globale Biodiversitätsrahmen rasch und wirksam umgesetzt und der Ostseeraum so zu einem weltweit vorbildlichen Beispiel für seine Umsetzung werden kann;

52. bei der Überarbeitung und Anpassung von Aktionsplänen und Strategien zur Erreichung dieser Ziele und zur Durchführung dieser Maßnahmen einen ökosystembasierten Bewirtschaftungsansatz in Betracht zu ziehen. Darunter ist eine Bewirtschaftung zu verstehen, die das gesamte Ökosystem und alle menschlichen Aktivitäten berücksichtigt, allen Belastungen und Wechselwirkungen Rechnung trägt und sie einbezieht und darauf abzielt, die Widerstandsfähigkeit und Nachhaltigkeit des aquatischen Ökosystems zu schützen, wiederherzustellen oder zu steigern und so die nachhaltige Bereitstellung von Ökosystemleistungen zu gewährleisten und die biologische Vielfalt zu erhalten;

53. sich ferner zum Schutz der biologischen Vielfalt und zur Bindung und Speicherung von CO₂ in der Natur durch eine gemeinsame und nationale Politik mit folgenden Zielen zu verpflichten:

a. Erhaltung von CO₂-speichernden Ökosystemen wie Wäldern, Feuchtgebieten, Seegraswiesen und natürlichen Flüssen;

b. Fortführung einer nachhaltigen Bewirtschaftung von Wald- und Torfgebieten;

54. Pläne zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit des Ökosystems Ostsee gegenüber dem Klimawandel, einschließlich des Schutzes von Küstenlebensräumen und der Wiederherstellung von Feuchtgebieten, zu erarbeiten und auszuführen;

55. die Bodendegradation bis 2030 umzukehren und die nachhaltige Bewirtschaftung der Wälder angesichts ihrer Bedeutung für das Klima und die biologische Vielfalt zu fördern;

56. die Bemühungen um eine grundlegende Verbesserung der Nährstoffbewirtschaftung in der Landwirtschaft, der Industrie und in Kläranlagen deutlich verstärken, um den Nährstoffabfluss in die Ostsee, der zur Eutrophierung und zum Verlust der biologischen Vielfalt beiträgt, zu verringern;

57. regionale Strategien zur Bewältigung grenzüberschreitender Notlagen, einschließlich Waldbränden, Eutrophierung und der Verbreitung von Krankheitserregern, die durch Klimawandel und Umweltverschmutzung verschärft werden, auszuarbeiten und anzunehmen. Die Strategien sollten die Erforschung der Ursachen solcher Notlagen, eine Zusammenarbeit zwischen Rettungsdiensten und gemeinsame Überwachungsprogramme, die Abschluss über die Risiken solcher Notlagen geben, beinhalten;

58. im Hinblick darauf zusammenzuarbeiten, die Einführung und Ausbreitung neuer invasiver gebietsfremder Arten zu verhindern, Maßnahmen zur wirksamen Ausrottung invasiver Arten im Ostseeraum durchzuführen sowie bewährte Verfahren zu entwickeln und auszutauschen.

In Anbetracht der besonderen Aufmerksamkeit, die die BSPC der Frage der Munitionsaltlasten in der Ostsee, insbesondere unter dem Vorsitz des Deutschen Bundestags, gewidmet hat, begrüßt die Konferenz nachdrücklich

59. die intensive Erörterung der Frage der Munitionsaltlasten in der Ostsee durch den Ostseerat während der deutschen Präsidentschaft – und während der 20. Tagung des Ostseerats am 1. und 2. Juni 2023 in Wismar;

60. die Aufnahme eines sektorübergreifenden, multidisziplinären und makroregionalen Dialogs über Unterwassermunition im Einklang mit ihren früheren Forderungen während der Expertenrunde in Kiel im Dezember 2022 und der gemeinsamen Konsultation von HELCOM und CBSS im April 2023,

61. die auf dem Beschluss des Deutschen Bundestags zur Bereitstellung von 100 Millionen Euro für diesen Zweck beruhende Entscheidung der Bundesregierung, ein nationales Sofortprogramm zur Bergung von Munition in der Ost- und Nordsee, einschließlich der Entwicklung einer mobilen Bergungsplattform, aufzulegen und die dabei gewonnenen Erfahrungen weiterzugeben.

Darüber hinaus stellt die BSPC fest, dass eine verantwortungsvolle Vorsorgepolitik mit aktiven und ausreichenden Maßnahmen zu dem Zeitpunkt beginnt, an dem notwendige Maßnahmen ergriffen werden müssen, um spätere enorme und dann nicht mehr zu verhindernde massive Schäden für Mensch und Umwelt im Ostseeraum abzuwenden. Nach Ansicht der BSPC ist dieser Zeitpunkt nach jahrelanger intensiver Behandlung der Frage der Munitionsaltlasten in der Ostsee, vor dem Hintergrund der Erkenntnisse seiner Berichterstatterinnen und Berichterstatter, entsprechend den Feststellungen in den Entschlüssen der BSPC seit 2019 sowie ausgehend von den Berichten der BSPC und einem intensiven Austausch mit führenden Fachleuten auf diesem Gebiet, der im vergangenen Jahr vertieft wurde, nun gekommen. Nach den derzeitigen Aktivitäten und Maßnahmen zu urteilen, so

die einvernehmliche Auffassung führender Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, würde die Beseitigung der Munitionsaltlasten etwa 100 Jahre dauern. Zugleich ist in 20 bis 30 Jahren mit erheblichen Schäden für Mensch und Umwelt zu rechnen. Daher ist es erforderlich, ein gemeinsames strategisches Vorgehen und Bemühen der Ostseestaaten einzuleiten und umzusetzen, um die Schäden für die Sicherheit von Mensch und Umwelt und die Wirtschaft zu vermeiden, die nach den derzeitigen wissenschaftlichen Erkenntnissen durch in der Ostsee versenkte konventionelle Munition im Umfang von 400.000 Tonnen und chemische Kampfstoffe im Umfang von 40.000 Tonnen entstehen würden. Um das für die BSPC für hoch relevant erachtete Ziel der Beseitigung der Gefährdungssituation innerhalb der nächsten 20 Jahre zu erreichen, ist es nicht nur notwendig, die Bergung durch verstärkte Anstrengungen und koordinierte Zusammenarbeit zu forcieren, sondern insbesondere auch den Abbau des Engpasses beim effektiven Unschädlichmachen der Munition, d. h. die Frage der Kapazitäten für die endgültige Entsorgung und Lagerung an Land, rasch voranzutreiben.

In Anbetracht der vorstehenden Ausführungen fordert die BSPC die Regierungen des Ostseeraums, den Ostseerat und die EU auf,

62. über die bisherigen Vereinbarungen der Regierungen hinaus ein gemeinsames strategisches Vorgehen und Bemühen der demokratischen Staaten des Ostseeraums – wie beim Ausbau der Offshore-Windkraftkapazitäten – , auch auf der Grundlage der Fortsetzung der Zusammenarbeit zwischen dem Ostseerat und der HELCOM, einzuleiten sowie die Einrichtung eines gemeinsamen Finanzinstruments in Erwägung zu ziehen, um das von der BSPC für sehr wichtig erachtete Ziel zu erreichen, die Gefährdungssituation durch Munitionsaltlasten in der Ostsee innerhalb der nächsten 20 Jahre zu beseitigen;

63. die enge Zusammenarbeit zwischen dem Ostseerat, der HELCOM und anderen zuständigen Organisationen fortzusetzen, um Wissenslücken zu schließen, bewährte Umweltpraktiken für die Risikobewertung zu erarbeiten und Finanzierungsmöglichkeiten für die Entwicklung und Anwendung der besten verfügbaren Techniken für eine umweltgerechte und sichere Bewirtschaftung zu prüfen.

Ferner beschließt die Konferenz,

64. auf der Grundlage der Beschlüsse des Ständigen Ausschusses der BSPC eine zweijährige Arbeitsgruppe für Energiesicherheit und -unabhängigkeit, Resilienz und Konnektivität mit dem Auftrag einzusetzen, auf der 33. BSPC einen ersten Bericht vorzulegen, und

65. das freundliche Angebot des dänischen Folketinget, die 33. Ostseeparlamentarierkonferenz vom 25. bis 27. August 2024 in Helsingør auszurichten, dankbar zu begrüßen.